

2. Bundesrat Cotti hat uns zweimal, in einer Fragestunde und bei der Beantwortung einer Interpellation, unmissverständlich erklärt, dass sich der Bundesrat gegen diese Versuche wende.

3. Unser Bundespräsident, Herr Villiger, hat zusammen mit Aussenminister Cotti in Genf in einem direkten Gespräch auf Präsident Chirac Einfluss genommen.

4. Beim ersten Atombombenversuch hat unser Botschafter in Paris, Herr Brunner, gegen diese Versuche protestiert. Persönlich bin ich der Auffassung, dass der Bundesrat hier im Rahmen seiner diplomatischen Aufgabe gehandelt hat. Er hat das in massvoller Weise, dezidiert und klar getan, ohne Frankreich eine schallende Ohrfeige zu versetzen. Er hat das auch getan, wohl wissend, dass wir in heiklen bilateralen Gesprächen stehen und die Unterstützung unserer Nachbarn brauchen. Das ist die aussenpolitische Seite des Problems. Dass daneben eine ökologische Besorgnis besteht, ist unbestritten, Herr Wiederkehr. Ich kann auf Ihre persönlichen Angriffe – es tut mir leid – nicht eintreten, weil sie sich so weit unter der Gürtellinie befinden, dass ich das nicht tun möchte. Wenn Sie das für Ihre persönlichen Wahlaktionen benötigen, ist das Ihre Sache. Ich möchte mich aber hier nicht einmischen. Ich möchte Ihnen nur zu bedenken geben: Überlegen Sie sich gut, dass wir abwägen müssen, was aussenpolitisch und was ökologisch auf dem Spiel steht. Im übrigen bin ich immer noch der Auffassung, dass der Bundesrat primär die Aussenpolitik führt und wir ihn begleiten, beraten und wenn nötig auch kontrollieren und korrigieren.

Ich empfehle Ihnen, aufgrund Ihrer eigenen Beurteilung zu stimmen. Persönlich würde ich es nicht für klug halten, jetzt diese Erklärung durch unseren Rat abzugeben.

Jeanprêtre Francine (S, VD): Il est très dommage que ce thème extrêmement important ait été maintenant si largement politisé.

J'aurais cependant voulu avoir aussi quelques explications, car le Bureau a une attitude un peu particulière quant aux objets à traiter et à l'urgence à leur donner. La semaine dernière, j'avais fait une interpellation concernant la situation économique de la Suisse romande et du Tessin, qui avait recueilli 35 signatures du côté romand, et le Bureau a refusé l'urgence par 8 voix contre 7, alors que notre session n'est pas chargée.

En ce qui concerne le thème traité ici, je crois que ce que nous souhaitons, c'est exercer une pression par rapport à la situation actuelle. Je pense que le deuxième essai nucléaire français n'est pas indifférent à notre prise de position d'hier. Comme l'a dit tout à l'heure M. Baumberger, président de la commission, nous avons voulu saisir ce sujet sous l'aspect environnemental.

Il est bien clair que le Conseil fédéral a agi, et peut agir, dans sa sphère de compétence, mais nous avons aussi l'impression qu'une déclaration des Chambres avait tout son poids. C'est pourquoi je vous invite à soutenir la proposition qui vous est faite afin que nous puissions avoir au moins une déclaration qui rejoint ce que la Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie a souhaité par 19 voix sans opposition, et aussi à traiter ce thème maintenant et non pas plus tard, car il ne serait plus d'actualité.

Le président: Je rappelle que l'article 42a du règlement du Conseil national permet en effet au Conseil national, sur proposition d'une commission, de faire une déclaration sur d'importants événements ou problèmes concernant la politique extérieure ou intérieure. Cette disposition n'a jamais été utilisée jusqu'à maintenant.

Par 9 voix contre 4, le Bureau, qui s'est réuni ce matin, vous propose de ne pas insérer cette déclaration dans l'ordre du jour. M. Kellenberger, secrétaire d'Etat, a largement informé le Bureau ce matin sur tout ce qui avait été fait très tôt, dès le 14 juin de cette année, et à tous les niveaux: ambassade de France, ministère des affaires étrangères et président de la République. Voilà pourquoi le Bureau estime qu'une déclaration du Parlement n'apporterait rien de plus quant à la position qui a déjà été exprimée par la Suisse.

Abstimmung – Vote
Für den Ordnungsantrag
der grünen Fraktion
Dagegen

71 Stimmen
77 Stimmen

(Mitglieder der grünen Fraktion entfalten ein Transparent)

Le président: Lorsque vous serez d'excellents footballeurs, vous ferez de telles manifestations. Pour le moment, vous êtes simplement des parlementaires. Veuillez-vous tenir dignement. *(Applaudissements)*

95.013

Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse Entraves techniques au commerce. Loi fédérale

Botschaft und Gesetzentwurf vom 15. Februar 1995 (BBI II 521)
Message et projet de loi du 15 février 1995 (FF II 489)

Beschluss des Ständerates vom 22. Juni 1995
Décision du Conseil des Etats du 22 juin 1995

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Fischer-Sursee Theo (C, LU), Berichterstatter: Neben dem revidierten Kartellgesetz und dem Binnenmarktgesetz ist das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (THG) die dritte tragende Säule zur marktwirtschaftlichen Erneuerung und Revitalisierung unserer Wirtschaft.

Seit jeher versuchten die handeltreibenden Menschen und Staaten, sich von unliebsamen Konkurrenten abzuschirmen. Dazu dienten Zölle, Einfuhrbeschränkungen und Kartellab-sprachen. Aber auch technische Vorschriften über die Produkte beinhalten oft solche Schutzmassnahmen, können zur Ausgrenzung führen und erweisen sich mehr denn je als Handelshemmnisse. Technische Vorschriften über Produkte und Prüfungsverfahren sind zweifelsohne nötig und wichtig, z. B. zur Qualitätssicherung und zum Schutze der Konsumenten, der Sicherheit und der Umwelt.

In der Schweiz haben wir eine Vielzahl solcher Vorschriften in etwa 200 Gesetzen, Verordnungen und Erlassen. In diesen Regelungen werden jeweils die Anforderungen an Produkte sowie an die Anerkennung von Prüfungen und Konformitätsnachweisen festgelegt. Diese Vorschriften sind vielfach nicht mit den Vorschriften unserer wichtigsten Handels-partner kompatibel. Sie wirken sich dann als eigentliche technische Handelshemmnisse sowohl beim Export als auch beim Import aus. Sie verteuern in beiden Richtungen die Produkte und sind oft mit zeitraubenden und teuren Prüfungsverfahren verbunden. Wir als Handelsnation haben daher das grösste Interesse, diese Schranken, die wir zum Teil selber aufgebaut haben, abzubauen und unsere Vorschriften mit jenen unserer wichtigsten Handelspartner zu harmonisieren und abzustimmen. Das ist der eigentliche Hauptzweck dieses Gesetzes. Es verbleiben dann für unseren Export immer noch genügend Probleme; denken wir nur an unser hohes Lohnniveau.

Eine ganze Anzahl von technischen Vorschriften erweist sich als helvetische Liebhaberei. Es ist zum Beispiel nicht einsichtig, weshalb die Schwimmwesten in der Schweiz eine höhere Tragfähigkeit aufweisen müssen als in den anderen Ländern und lässt sich nicht mit einem erhöhten Schutzbedürfnis rechtfertigen – es sei denn, man gehe davon aus, dass die Schweizer generell übergewichtiger seien als anderswo; be-

achten Sie meine angeborene Höflichkeit: Ich habe im Zusammenhang mit dem Übergewicht nur in der männlichen Form gesprochen!

Oder denken wir an die bisherigen Sondervorschriften bei den Autos – sie bestehen jetzt nicht mehr –, dort waren die Konsumenten die Geprellten.

Es ist daher angezeigt, die Produktvorschriften nicht nur europäisch, sondern weltweit auf unsere wichtigsten Handelspartner abzustimmen. Dabei geht es nicht um eine Koordination auf tiefster Basis. Ein erreichtes Schutzniveau soll, wo es sinnvoll ist, beibehalten werden. Vom Grundsatz der bestabgestimmten Lösung soll nur abgewichen werden können, sofern überwiegende öffentliche Interessen, namentlich der Schutz der Gesundheit, der Umwelt, der Arbeitnehmer und Konsumenten, dies erforderlich machen. In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob dieses Gesetz überhaupt nötig sei. Auf den ersten Blick könnte man das verneinen. Bundesrat und Parlament könnten auch ohne das vorliegende Gesetz in den einzelnen Erlassen die Korrekturen und Anpassungen vornehmen. So hat zum Beispiel der Bundesrat in diesem Jahr bereits in etwa 30 Gesetzen und Verordnungen die technischen Vorschriften revidiert oder ist im Augenblick daran, diese Revisionen vorzunehmen.

Die Kommission kam zur Überzeugung, dass dieses Gesetz trotzdem nötig und sinnvoll ist. Zunächst beinhaltet es einen klaren Auftrag und konkrete Weisungen an Bundesrat und Verwaltung, entsprechend zu handeln, und regelt auch das Wie. Es bietet Gewähr, dass die Harmonisierung überall gleich gehandhabt wird. Zudem erteilt es dem Bundesrat die nötigen Kompetenzen, insbesondere auch zum Abschluss einschlägiger internationaler Abkommen. Die technischen Vorschriften sind oft aufgrund neuer Erkenntnisse oder wegen des technischen Wandels einem Wechsel unterworfen. Es ist daher richtig, dem Bundesrat die Kompetenzen zu Festlegung, Anpassung und Änderung zu erteilen, wie das im dritten Kapitel bezüglich der Verfahrensvorschriften geschieht.

Des weiteren normiert es klare Rechte und Pflichten der Marktteilnehmer und bringt ihnen somit Hilfen und Erleichterungen. Schliesslich stellt es Strafbestimmungen auf, die bis jetzt zum Teil fehlten oder ungenügend waren. Die neue Produktgesetzgebung geht in Richtung von mehr Eigenverantwortung der Produzenten. Als Korrelat zu dieser grösseren Freiheit muss ein allfälliger Missbrauch durch strengere Vorschriften geahndet werden können.

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, wie die Rechtslage zu beurteilen sei, wenn eine Verordnung des Bundesrates oder der Verwaltung gegen gewisse Bestimmungen des THG verstösst. Hat der Private ein Klagerecht? Das Bundesamt für Aussenwirtschaft hat zusammen mit dem Bundesamt für Justiz zuhanden der Kommission dazu einen kurzen Bericht erstattet.

Ich kann die Stellungnahme dieser Bundesämter kurz wie folgt zusammenfassen: Vorweg sei daran erinnert, dass eine abstrakte richterliche Überprüfung von Bundesrecht, z. B. einer Bundesratsverordnung als solcher, im schweizerischen System nicht vorgesehen ist. Hingegen ist davon auszugehen, dass im konkreten Anwendungsfall einer technischen Verordnung Widersprüche zum THG grundsätzlich geltend gemacht werden können. Wendet eine kantonale Behörde technisches Bundesrecht an, das gegen das THG verstösst, ist eine solche Anfechtung im Einzelfall nach dem Verfahrensrecht der Kantone möglich. In letzter Instanz steht der Weiterzug von kantonalen wie auch von Bundesverwaltungsentscheidungen an das Bundesgericht offen, die sogenannte Verwaltungsgerichtsbeschwerde. Gibt das Gericht dem Beschwerdeführer recht, folgt daraus allerdings noch nicht die Aufhebung der THG-widrigen Verordnung; hierfür bleibt allein die rechtsetzende Behörde zuständig. Aufgehoben wird allein die angefochtene Verfügung, wenn auch mit Prädenzwirkung für nachfolgende Anwendungen der betreffenden Vorschrift.

Diese Aussagen gilt es hauptsächlich in bezug auf Artikel 5 THG einzuschränken. Wohl ist auch im Verhältnis zu dieser Bestimmung THG-widriges Ordnungsrecht ohne weiteres

denkbar. Dann ist insbesondere nicht einzusehen, weshalb betroffene Private sich nicht auf Artikel 5 sollten berufen können. Doch muss in Rechnung gestellt werden, dass Artikel 5 der gesetzgebenden Behörde einen beträchtlichen Gestaltungsspielraum lässt, den es überdies teilweise durch einen politischen Entscheid wahrzunehmen gilt. Im Sinne der Gewaltentrennung dürften richterliche Behörden demzufolge eine rechtliche Überprüfung nur mit Zurückhaltung vorzunehmen bereit sein.

Zusammenfassend lässt sich feststellen und festhalten, dass das THG, trotz seiner primären Ausrichtung auf die Behörden, durchaus die Rechtsstellung der Privaten verbessert. Der gerichtlichen Durchsetzung von Artikel 5 dürften allerdings verhältnismässig enge Grenzen gesetzt sein.

Zu reden gaben in der Kommission auch die Ausnahmebestimmungen. Es wurde die Befürchtung laut, dass die Ausnahmemöglichkeiten zu large angewendet werden könnten und dadurch die Harmonisierung der Produktvorschriften nicht konsequent durchgezogen würde. Um dem vorzubeugen, haben wir in Artikel 5, wo die Ausgestaltung der technischen Vorschriften verankert ist, diesen Artikel neu und präziser, aber auch restriktiver formuliert. Die auf der Fahne stehende Fassung der Kommission ist gesetzestechnisch etwas verunglückt. Wir legen Ihnen eine redaktionell verbesserte Fassung vor; inhaltlich ändert aber nichts.

Der Bundesrat sieht in seinem Entwurf in Artikel 5 Absatz 1 vor, dass die technischen Vorschriften so auszugestaltet seien, «dass sie sich möglichst wenig als technische Handelshemmnisse auswirken». Wir streichen das «möglichst» und verlangen, «dass sie sich nicht als technische Handelshemmnisse auswirken».

In Artikel 5 Absatz 2, wo die technischen Vorschriften «in der Regel» auf die wichtigsten Handelspartner abgestimmt werden sollen, streichen wir die Formulierung «in der Regel». Wir wollen damit erreichen, dass die Ausnahme nicht zur Regel wird, sondern dass die Ausnahmen wirklich restriktiv angewendet werden. Das Wort «abgestimmt» in Absatz 2 erlaubt dann immer noch eine gewisse Flexibilität; «abstimmen» heisst nämlich nicht sklavische Übernahme.

Aus den gleichen Gründen sind wir in Artikel 5 Absatz 4 dem Ständerat gefolgt, haben das Wort «namentlich» gestrichen und betonen damit, dass die Aufzählung abschliessend ist. Zudem legen wir Wert darauf, dass der Bundesrat und die Verwaltung im Einzelfall nachweisen und begründen müssen, wie und warum die öffentlichen Interessen überwiegend sind, damit abweichende Lösungen getroffen werden müssen.

In der Kommission war Eintreten unbestritten. Zum Minderheitsantrag bei Artikel 4 werde ich in der Detailberatung sprechen und auch zu vereinzelt Artikeln allenfalls noch Erklärungen abgeben.

Die Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Wir sind von deren Notwendigkeit zur Förderung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft überzeugt. Das Gesetz verbessert die Position der Schweizer Importeure, aber auch die Konkurrenz auf dem Binnenmarkt. Die Schweizer Wirtschaft in ihrer Gesamtheit ist damit für die Zukunft besser gewappnet. Ich empfehle Ihnen daher ebenfalls, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Brunner Christiane (S, GE), rapporteur: La loi fédérale sur les entraves techniques au commerce fait partie du programme de revitalisation présenté par le Conseil fédéral, avec la loi sur les cartels et la loi fédérale sur le marché intérieur. Cette loi n'améliore pas seulement la position des exportateurs suisses sur le marché international, elle devrait également améliorer la situation sur le marché intérieur en diminuant des prix artificiellement surfaits dans notre propre pays. Nous avons actuellement en Suisse environ 200 lois, ordonnances ou arrêtés fédéraux qui contiennent des normes techniques ne constituant de fait que des entraves au commerce, sans aucune autre justification.

Si nous avons adhéré, à l'époque, à l'Espace économique européen, une telle loi n'aurait pas été nécessaire. Mais puisque tel n'a pas été le cas, il convient d'adapter au mieux notre

législation interne pour ne pas nous isoler encore plus des autres marchés. Pour rendre une telle loi efficace, paradoxalement pour des questions de contrôle et de crédibilité de l'instrument législatif adopté, il faudra passer par une augmentation ou par des transferts d'effectifs de l'administration. La loi fédérale sur les entraves techniques au commerce a essentiellement pour objectif de forger un cadre reconnu par le Parlement pour permettre l'abrogation, la rédaction et l'adaptation des instruments existant à l'heure actuelle. Elle permet également l'adoption de dispositions pénales nécessaires pour sanctionner de manière uniforme l'obtention ou l'utilisation d'attestations ou de contestations fausses. Il faut aussi ajouter à cet égard que la loi fédérale sur les entraves techniques au commerce est directement applicable et que des dispositions d'ordonnance pourront, le cas échéant, être déclarées inapplicables par le juge administratif saisi d'une affaire particulière. D'autre part, elle fixe en son article 3 un catalogue de définitions de concepts internationalement reconnus en la matière et auxquels il est nécessaire de donner une base légale.

D'une manière générale, la commission, en adoptant un certain nombre de propositions aux alinéas 1er et 2 de l'article 5, a essayé de rendre la disposition plus claire et plus contraignante. Même si les principes énumérés à l'alinéa 2 s'apparentent beaucoup à une déclaration d'intention, celle-ci devrait cependant fonder l'activité administrative en la matière. Dans son effort de clarté, la commission a toutefois présenté une proposition dont la formulation n'est pas claire du tout, telle qu'elle figure dans le dépliant. C'est pourquoi vous avez reçu une nouvelle version qui, cette fois-ci, répond aux exigences de clarté que nous souhaitons introduire.

En ce qui concerne les alinéas 3 et 4 de l'article 5, la commission s'est ralliée, après une discussion nourrie, à la décision du Conseil des Etats. A l'alinéa 4, l'énumération des intérêts prépondérants à prendre en considération n'est plus exemplative, mais limitative. Même dans ce dernier cas, des mesures d'économie d'énergie, par exemple des prescriptions de stand by pour les appareils ménagers et autres valeurs énergétiques ainsi que les normes d'utilisation en matière d'énergie, peuvent être considérées comme prépondérantes dans le cadre de l'article 5 alinéa 4 lettre c, mais il faudra prouver leur caractère prépondérant. En effet, l'alinéa 3 indique que les intérêts publics doivent être prépondérants pour introduire une éventuelle exception. Il est de plus précisé qu'elle ne doit être «... ni un moyen de discrimination arbitraire, ni une restriction déguisée aux échanges». Ces dispositions donnent donc la garantie d'un exercice sain et convenable de la pratique.

Et c'est forte de toutes ces certitudes que la commission a pu se rallier à l'unanimité à la version décidée par le Conseil des Etats, notre proposition à l'article 5 étant de nature purement rédactionnelle.

En ce qui concerne l'article 8, au vu de l'engagement pris par le Conseil fédéral de présenter des rapports permanents en fonction de l'évolution, pour bien montrer que la pression du Parlement perdure, et de l'engagement pris également de faire rapport dans le cadre des rapports de gestion, notre commission a pu se rallier à la décision du Conseil des Etats de biffer cet article.

Enfin, à l'article 20, la proposition de la commission est uniquement d'ordre rédactionnel, afin d'en améliorer la clarté. L'entrée en matière de la loi fédérale sur les entraves techniques au commerce n'a pas été combattue et cette loi, telle que nous vous la présentons, a été adoptée à l'unanimité par la commission.

Blocher Christoph (V, ZH): Das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse will dafür sorgen, dass dort, wo es sinnvoll ist, einheitliche technische Normen bestehen. Das ist sinnvoll, vor allem in einer Welt, die den Gütertausch über die Grenzen als den Normalfall kennt.

Die Gefahr eines solchen Gesetzes ist, wenn es nicht sinnvoll gehandhabt wird, dass es einem Land nicht mehr möglich ist, besser und anders zu sein als die anderen. Eine Nivellierung auf allen Ebenen wäre eine Verarmung und böte keine Mög-

lichkeit mehr für Länder wie die Schweiz, auf besserem Niveau zu produzieren. Dieses Gesetz schliesst bei vernünftiger Handhabung diese Gefahr aus, namentlich wenn Sie bei Artikel 4 nicht der Minderheit Ledergerber zustimmen, sondern sich an den Antrag der Mehrheit halten.

Die SVP-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf und überall der Mehrheit zu, weil sie der Meinung ist, dass das eine sinnvolle Angelegenheit ist, die den Güterverkehr auch über die Grenzen erleichtert und letztlich zu günstigeren und billigeren Produkten führt. Dort, wo wir aus anderen Gründen andere Vorschriften haben wollen – sei das aus Sicherheits- oder Umweltschutzgründen, sei das aber auch aus Gründen einer besseren Qualität –, ist das möglich, sofern das Gesetz sinnvoll gehandhabt wird. Davon gehen wir aus.

Ich bitte Sie auch im Namen der SVP-Fraktion, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Bignasca Giuliano (D, TI): La nuova normativa federale sugli ostacoli tecnici al commercio, come tutte le leggi, sulla carta non presenta che vantaggi. Essa contribuisce in maniera determinante, come spiega il relativo messaggio, all'apertura dei mercati e al rilancio della concorrenza, senza la quale si aumenta il rischio di mantenere in piedi strutture che in mancanza di competitività non producono i necessari adeguamenti, con conseguenti perdite di posti di lavoro. Per contro l'eliminazione degli ostacoli tecnici al commercio favorirebbe l'economia, sia sotto il profilo delle esportazioni che delle importazioni. Ma non vorremmo che, come al solito, fatta la legge, si scoprisse poi l'inganno.

Per ammissione dello stesso Consiglio federale, non esistono al momento studi empirici rilevanti sull'importanza economica degli ostacoli tecnici al commercio per il nostro Paese. Siamo quindi davvero convinti che nel nome del privato e della compatibilità commerciale, soprattutto quella dell'UE, sia giusto sacrificare alcune specificità proprie della Svizzera, che questa sia la fase congiunturale più opportuna, per una legge che indubbiamente favorisce il settore delle esportazioni, ma che altrettanto sicuramente penalizza gran parte delle piccole e medie imprese, ovvero, quelle aziende che rappresentano la struttura produttiva portante della Svizzera e che lavorano quasi esclusivamente per il mercato interno? Siamo davvero sicuri che con una simile legge-quadro dall'eccessiva capillarità disciplinare, come giustamente rilevato da alcune associazioni di categoria, si stimoli adeguatamente l'economia o invece non si mortifichi in maniera irreparabile una buona parte di essa? C'è il rischio concreto che l'interesse di alcuni fondamentali settori produttivi, di determinate categorie sociali, in primo luogo i consumatori e il ceto medio, sia subordinato al gioco dei grandi giri commerciali, e ciò nel nome – è bene sottolinearlo – del principio dell'Unione europea dell'equivalenza delle diverse legislazioni tecniche nazionali. Un principio che, come conferma lo stesso Consiglio federale, è uno dei pilastri della realizzazione del mercato interno dell'Unione europea e che è santificato in un libro bianco della Comunità economica europea del 1985.

Questo messaggio, nel suo sforzo di eurocompatibilità, rivela in fondo una logora e vecchia trama, la trama di una normativa che era stata intessuta in vista di un'adesione della Svizzera allo SEE e che si dava per scontata, e che invece è stata sonoramente confessata dal popolo. Oggi, rattoppata e ricucita qua e là, la si ripropone per far rientrare dalla finestra quello che il voto del dicembre 1992 ha scacciato decisamente dalla porta.

Detto questo non vogliamo contestare e rigettare questa legge su tutta la linea. Vorremmo piuttosto richiamare l'attenzione su alcuni suoi aspetti che indubbiamente meritano una rilettura e un perfezionamento, al fine di evitare spiacevoli sorprese per il futuro.

Sgombriamo innanzitutto il campo da un equivoco, o meglio da una bugia di fondo, che fa da impianto a tutta la legge. Si dice che senza questa nuova legge, senza l'armonizzazione con le norme di quei Paesi che sono i nostri maggiori partner commerciali, quindi l'Unione europea, le nostre esportazioni siano penalizzate. Insomma, siamo al solito ritornello, dei danni che subiremmo restando fuori dall'Unione europea.

Ebbene, nonostante il nostro rifiuto all'Unione europea, le nostre esportazioni continuano a crescere. 93,3 miliardi di franchi nel 1993, di cui il 63 per cento, ossia 58 miliardi di franchi nei Paesi dello SEE, 95,8 miliardi di franchi l'anno scorso, e questa crescita, nonostante il forte apprezzamento del franco e una restrittiva e demenziale politica monetaria della Banca nazionale che non ha certo favorito le attività industriali e commerciali. Anzi, molte delle stesse, nelle regioni periferiche, sono state costrette a chiudere i battenti. Quindi le nostre esportazioni, Europa o non Europa, ostacoli o non ostacoli tecnici al commercio, continuano a crescere.

Domandiamoci invece cosa può comportare questa legge con la sua eccessiva regolamentazione per le piccole e medie imprese svizzere che lavorano per il mercato interno, le uniche che negli ultimi 20 anni hanno continuato a creare nuovi posti di lavoro. Riusciranno le piccole e medie imprese, le cui caratteristiche principali sono la flessibilità e la duttilità produttiva, a reggere questa apertura senza essere soffocate nella gabbia di centinaia di direttive della compatibilità internazionale? Al proposito la stessa esperienza di alcuni Paesi dell'Unione europea dovrebbe pure insegnarci qualcosa. Con questa legge si crea una rigida gerarchia di interessi commerciali che di fatto favorisce i grandi gruppi d'esportazione e penalizza invece le imprese minori che lavorano per il mercato nazionale, con una inevitabile perdita di posti di lavoro.

Inoltre nello sforzo di coordinare e orientare in maniera esauriente la legislazione in materia, sfugge un fatto di non secondaria importanza, ossia la diversa situazione che si trovano a vivere i Cantoni sotto il profilo della produzione e esportazione, della disoccupazione e dei rapporti commerciali con l'estero, in presenza di un franco ipervalutato. Tanto per fare un esempio, una cosa è la situazione del Ticino, che deve fare i conti con una lira svalutata del 40 per cento, altra con i problemi della Svizzera romanda con un franco francese deprezzato del 15 per cento; tutt'altra cosa è ancora il problema della Svizzera tedesca, con un marco che rispetto alla nostra moneta ha perso solo il 5 o il 7 per cento. Orbene, ci domandiamo se si è riflettuto abbastanza sulle ripercussioni che questa nuova legge può avere sulle economie regionali più deboli in termini di rilancio economico e di ripresa occupazionale. Per accettare la legge non basta dire che un piccolo Paese come la Svizzera dipende molto dalla fluidità degli scambi internazionali di merci. A garantire questa fluidità forse più che creare nuove leggi, servirebbe eliminare molte di quelle vecchie. Non sarà certo questa normativa a facilitare i commerci internazionali. Per come essa è congeniata, con il suo dire tutto e nulla, essa ci consegna mani e piedi legati alla discrezionalità dei superburocrati. In un Paese come il nostro dove fondamentalmente le leggi si rispettano, aprirebbe le porte a contenziosi giuridici non da poco.

Sono tutti questi gli aspetti su cui vorremmo una maggior riflessione e approfondimento, magari sottraendo spazio e tempo a tante trattande di un ordine del giorno fitto, ma alquanto futile. Questa legge è l'ennesima dimostrazione di come questo governo ed i suoi burocrati non si siano ancora rassegnati al no del popolo all'entrata nello Spazio economico europeo. Lo ripetiamo, nessuno ci garantisce che votando questa legge non ci consegneremo mani e piedi legati alla mercé dei nostri superburocrati. Nessuno ci garantisce che votandola vi saranno reali benefici economici, non solo per quella parte della Svizzera che vive d'esportazione, ma anche per quell'altra parte, e qui mi riferisco alle piccole e medie imprese che lavorano per il mercato interno, molte di queste in quelle regioni che sono già adesso le più penalizzate. Nessuno ci garantisce che verranno difese da questa nuova liberalizzazione, che non è altro che un ennesimo passo verso l'Europa, quell'Europa a cui il popolo svizzero nel dicembre del 1992 ha detto chiaramente no. Non è così che si colmano i fossati tra il Paese reale e il Palazzo federale.

Theubet Gabriel (C, JU): Le groupe démocrate-chrétien soutiendra le projet qui nous est présenté. Il considère en effet qu'il est indispensable d'élaborer une loi fédérale sur les en-

traves techniques au commerce, ainsi que d'adapter la législation sur les produits afin de renforcer la compétitivité de notre pays.

Par sa motion (92.3598) déposée le 18 décembre 1992, le groupe démocrate-chrétien adressait la demande suivante: «Le Conseil fédéral est chargé de soumettre aux Chambres un projet mettant en place les conditions qui permettront à la Suisse de reconnaître les normes techniques internationales et de renoncer aux mesures spéciales et aux contrôles qui lui sont propres. Des exceptions ne devraient être admises qu'après un examen critique.»

Constatant qu'il a été donné pleinement suite à cette intervention, notre groupe réitère son soutien aux objectifs de revitalisation de l'économie suisse que s'est fixés le Conseil fédéral. Après la nouvelle loi fédérale sur le marché intérieur et la révision totale de la loi sur les cartels, que nous venons de mettre sous toit, le présent projet va dans la bonne direction et s'inscrit dans les objectifs définis par le programme de revitalisation économique dont ils sont les éléments pivots.

Ces trois nouvelles lois vont constituer les bases indispensables à la mise sur pied d'un marché suisse ouvert à l'intérieur comme à l'extérieur. Ces lois renforceront la capacité concurrentielle de notre économie aux niveaux national et international, et permettront d'améliorer les conditions pour la conclusion d'accords internationaux.

Dans le présent projet, le groupe démocrate-chrétien salue particulièrement l'élargissement des conditions qui amélioreront la coopération transfrontalière dans le domaine des prescriptions des produits. Comme la commission, nous sommes d'avis qu'il faut renforcer le principe selon lequel la Suisse doit harmoniser ses règlements techniques avec ceux de ses principaux partenaires commerciaux, ce qui a pour conséquence de réduire la marge de manoeuvre dont dispose le Conseil fédéral et l'administration dans l'application de ce principe.

En outre, nous estimons que la version du Conseil des Etats sur les dérogations possibles au principe d'harmonisation doit être formulée de manière plus restrictive. C'est pourquoi nous soutiendrons la proposition de la commission sur ce point, c'est-à-dire l'article 5 alinéas 1er et 2 nouvelle version. A l'article 4, nous ne suivons pas la proposition de la minorité, dont le texte se réfère exclusivement aux procédures et aux prescriptions techniques applicables dans l'Union européenne. Or, une telle limitation n'est pas opportune, la présente loi devant régler l'ensemble de nos relations commerciales. En réalité, nous agissons par rapport à nos principaux partenaires commerciaux et, dans ce cadre, notre compatibilité européenne sera toujours prise en compte.

En conclusion, le groupe démocrate-chrétien votera l'entrée en matière et appuiera les propositions de la commission ou de sa majorité, qui lui semblent mieux respecter l'esprit de la loi et qui la rendront surtout plus efficace.

Eberhard Barbara (U, SG): Die LdU/EVP-Fraktion ist für Eintreten auf den Beschlussentwurf und für Zustimmung dazu, weil damit ein höchst dringliches und überfälliges Gesetz geschaffen wird. Technische Handelshemmnisse benachteiligen die Konsumenten ebenso sehr wie die übrige Wirtschaft, und zwar auf zwei Arten:

Erstens erschweren sie den Zugang zu den kostengünstigeren Anbietern im Ausland; zweitens sind technische Handelshemmnisse oft die Voraussetzung für die Bildung von Monopolen und Kartellen im Inland. Die Folgen sind ein überhöhtes Preis- und Kostenniveau und damit ein schlechter Standortfaktor. Es ist offensichtlich einfacher, einige Aussenseiter im Inland auszuschalten, als ein weltweites Kartell zu errichten. Deshalb können sich inländische Kartelle oft nur halten, wenn der Import des entsprechenden Gutes unterbunden oder erschwert wird. Dabei spielen technische Handelshemmnisse eine wichtige Rolle, weil sie, im Gegensatz z. B. zu den Zöllen, nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. Kartelle lieben das Dunkel, in dem sich nicht nur gut munkeln, sondern auch sehr gut verdienen lässt. Mit anderen Worten: Wenn wir ein griffiges Rahmengesetz machen, ersparen wir der Kartellbehörde wahrscheinlich die Hälfte der Arbeit. Kon-

sumenten und Unternehmungen sind daran interessiert. Die kostenmässige Entlastung dürfte bei 10 bis 30 Prozent liegen.

Es mag da und dort Befürchtungen geben, dass unter dem Vorwand der Beseitigung von Handelshemmnissen die Standards beim Schutz der Umwelt oder der Gesundheit gesenkt würden. Davor bietet das Gesetz, wie es vorgeschlagen ist, an sich Schutz. Es dürfen aber nicht gewisse diskriminierende Normen beibehalten oder gar neue eingeführt werden. Auf diesem Weg Nachhaltigkeit einzuführen bringt nicht die optimale Lösung. Nachhaltigkeit soll über ein besseres Haftungsrecht oder über die Internalisierung von sozialen und ökologischen Kosten erfolgen. Dazu braucht es keine neuen Vorschriften. Die Behauptung, man wolle mit einer Vorschrift die Umwelt oder die Gesundheit schützen, bezieht sich möglicherweise vor allem auf die wirtschaftliche Umwelt einiger Kartellmitglieder und auf die Gesundheit ihrer Geldbeutel.

Sie wissen, dass beim heutigen Import Millionenpfunde volkswirtschaftlich verlorengehen. Es besteht eine grosse Gefahr, dass Handelshemmnisse über neue Kanäle und subtile Regelungen von den gleichen Kreisen wieder eingeführt werden, die so ihren Besitzstand wahren wollen. Dabei mögen Gründe des Umwelt- oder Qualitätsschutzes vorgeschoben werden.

Noch eine Frage an Herrn Bundesrat Delamuraz: Das Schutzniveau soll in der Schweiz beibehalten werden, sofern überwiegende öffentliche Interessen dies rechtfertigen. Ich möchte den Herrn Bundesrat bitten, mir zu erklären, wo und wie öffentliche Interessen im besonderen gewahrt werden müssen und wie dies gemacht werden soll.

Die LdU/EVP-Fraktion ist für Zustimmung zu diesem Gesetz.

Baumann Ruedi (G, BE): Die grüne Fraktion ist für Eintreten auf das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse. Dieses Gesetz schafft einheitliche Grundlagen, «damit im Regelungsbereich des Bundes technische Handelshemmnisse vermieden, beseitigt oder abgebaut werden» können, wie das in Artikel 1, im Zweckartikel, nachzulesen ist. Wir unterstützen bei Artikel 4 auch den Antrag der Minderheit, auch in der revidierten Fassung, wonach überall, wo nicht überwiegende, öffentliche Interessen zusätzlichen Schutz erfordern, die technischen Vorschriften der EU gelten sollen, und auch die europäischen Prüfungsverfahren und Beurkundungen anerkannt werden können. Ich selber habe mich vor Jahren über den schweizerischen Protektionismus in diesem Bereich grün und blau geärgert. Ich wollte, kostensparend, wie man das von einem Schweizer Bauern erwartet, in Frankreich einen Traktor kaufen. Bei einem Preis von rund 50 000 Franken hätten sich so leicht 15 000 Franken einsparen lassen. Die Reise ins Burgund hätte sich allemal gelohnt. Aber leider habe ich dabei die Rechnung ohne den Schweizer Wirt oder eben die schweizerischen Protektionisten gemacht: Abänderungen an den Schlusslichtern, an der Beleuchtung, an der Anhängervorrichtung, an den Rückspiegeln, andere Prüfverfahren für Inverkehrsetzung und Einfuhrzoll hätten sich auf Kosten von etwa 12 000 Franken zusammengelappert. Letztlich habe ich mich den schweizerischen Handelshemmnissen gebeugt und den Traktor hier in der Schweiz gekauft.

Übrigens nur nebenbei: Zurzeit würde ich selbstverständlich keinen französischen Traktor mehr kaufen, auch in der Schweiz nicht, aber damals war noch die Zeit von Herrn Miterrand.

Dies alles sind gute Gründe, auch aus grüner Sicht, dem Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse zuzustimmen. Im Zusammenhang damit wird aus unseren Kreisen auch immer die Befürchtung laut, durch die europäische Angleichung könnten strengere Umweltvorschriften der Schweiz unterlaufen werden. Diesen Bedenken wird in Artikel 5 Absätze 3 und 4 glücklicherweise Rechnung getragen. In der WAK hat uns Bundesrat Delamuraz ausdrücklich zugesichert – ich wäre froh, wenn er das hier zuhänden des Protokolls wiederholen würde –, dass beispielsweise Energiesparmassnahmen nach wie vor ein Grund wären, abweichende Vorschriften zu erlassen. Das gleiche gilt für gewisse

Hilfsstoffe in der Landwirtschaft. Wenn ein Verbot für den Schutz der Umwelt oder für die Gesundheit von Mensch und Tier gilt, sind Ausnahmen auch in Zukunft möglich. Wenn der Hintergedanke eines Verbots aber ein rein protektionistischer ist – das war offensichtlich auch im zitierten Fall so –, sind solche Vorschriften in Zukunft nicht mehr zulässig. Die Frage, ob die Schweiz auf dem Gebiet des Umweltschutzes weiterhin eine Vorreiterrolle spielen könne, entschärft sich zusehends, weil sich die Vorschriften international immer mehr angleichen und weil – das ist betrüblich – die Schweiz in verschiedenen Gebieten bereits überholt wurde.

Ich beantrage Ihnen namens der grünen Fraktion, auf das Bundesgesetz einzutreten und dem Minderheitsantrag Ledergerber in Artikel 4 zuzustimmen.

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Wir haben gehört, dass diese Vorlage neben dem Binnenmarktgesetz und dem Kartellgesetz nun die dritte Säule des bundesrätlichen Revitalisierungskonzeptes ist. Eigentlich könnte man dem Bundesrat und vor allem der WAK an dieser Stelle gratulieren – obwohl man nicht mit allem einverstanden ist –, dass man in relativ kurzer Zeit diese adäquate Gesetzgebung in den drei schwierigen Problembereichen zustande gebracht hat.

Technische Handelshemmnisse sind auf nicht miteinander übereinstimmende Produkteregulungen zurückzuführen. Diese Regelungen beinhalten jeweils die Anforderungen an die Produkte sowie an die Anerkennung von Prüfungen und Konformitätsnachweisen. Wir sind uns alle einig, dass Produktvorschriften an und für sich nötig sind, denken wir nur an die immer wichtiger werdenden Anpassungen der Produkte an ökologische Bedürfnisse. Sie sind nötig, um dem Warenhandel die erforderliche Verlässlichkeit zu gewährleisten. Diese Vorschriften dürfen jedoch auf keinen Fall eine handelshemmende Wirkung haben. Eine mindestens europäische Übereinstimmung streben wir schon seit längerer Zeit an. Mit diesem Gesetz sollte auch eine Übereinstimmung erreicht werden, die weltweit ist.

Es sind – und das ist doch sehr respektabel – etwa 180 Vorschriften vorhanden, die technische Vorgaben enthalten, was noch nicht heisst, dass alle nicht eurokompatibel wären. Nach Auskunft des Bundesrates sollen nun etwa 35 Gesetze angepasst werden. Da beginnt dann die eigentliche Knochenarbeit. Wie wir aus diesen Zahlen sehen, waren wir in den vergangenen Jahren bei der Erstellung von Regulierungen doch recht produktiv. Jetzt müssen wir sie abbauen. An der ganzen Sache ärgerlich ist, dass wir, um andere Gesetze und Vorschriften abzubauen, wieder neue Gesetze machen müssen. Deshalb – da darf ich die Stellungnahme des Gewerbeverbandes erwähnen – waren wir auch sehr skeptisch gegenüber diesem Gesetz, weil es darum geht, mit einem neuen Rahmengesetz die Gesetze abzuschaffen.

Eigentlich stellt sich dann die Frage, ob dieses Gesetz überhaupt nötig ist oder ob wir nicht selber genug Kraft und Möglichkeiten gehabt hätten, diese 180 Vorschriften auf eine andere Weise abzuschaffen. Der Gedanke, der diesem Gesetz zugrunde liegt, ist absolut richtig, und das führt auch die FDP-Fraktion dazu, für Eintreten zu stimmen.

Weil ich nur einmal sprechen möchte, mache ich Sie noch auf Artikel 4 aufmerksam. Der Ständerat möchte diese Sprechblase – das ist nicht mein Ausdruck, er kommt aus der Kommission – in Artikel 4 streichen. Die Mehrheit der Kommission sieht das auch so. Hingegen möchte die Minderheit Ledergerber folgenden Satz einfügen: «Bundesrat und Bundesverwaltung übernehmen überall, wo keine Interessen gemäss Artikel 5 Absatz 4 tangiert sind, die technischen Vorschriften, die in der EU gelten, und anerkennen deren Prüfungsverfahren und Beurkundungen.»

Ich glaube, dieser Antrag ist nicht sinnvoll. Es kann durchaus besser sein, keine Vorschrift zu haben, auch wenn die EU eine solche hat. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Es kann aber durchaus Nischenprodukte geben, die vorwiegend nach Asien oder nach Amerika exportiert werden. Die technischen Vorschriften dieser Länder in Asien oder Amerika sind dann für uns wesentlich wichtiger als diejenigen der EU. Deshalb bitte ich Sie, diesem Minderheitsantrag nicht zu-

zustimmen und diesen Satz gemäss dem Antrag der Mehrheit zu streichen.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt den Anträgen der Mehrheit zu.

Le président: Le groupe socialiste communique qu'il votera l'entrée en matière.

Gros Jean-Michel (L, GE): Le groupe libéral entre bien sûr en matière sur ce projet qui constitue l'indispensable volet de la trilogie de la revitalisation. Oui, nous pensons que cette loi, en éliminant des obstacles inutiles au commerce international, est à même de stimuler la concurrence sur le marché suisse, de favoriser notre commerce extérieur et, ainsi, de profiter tant aux producteurs qu'aux consommateurs.

Comme tout bon libéral, je me pose la question de savoir si cette loi est réellement nécessaire. C'est vrai, il est tout de même curieux que, pour revitaliser l'économie, il faille sans cesse créer de nouvelles lois. Déréglementer au lieu de légiférer, entend-on dire souvent. Ces gens-là ont raison, et les libéraux attendent avec une certaine impatience le véritable commencement du volet déréglementation de toute cette entreprise de revitalisation.

Mais cette loi fédérale sur les entraves techniques au commerce est tout à fait nécessaire, de par la faute même des Suisses. Notre adhésion à l'Espace économique européen l'aurait rendue inutile, puisqu'en intégrant le principe dit du «Cassis de Dijon», les entraves techniques vis-à-vis de notre principal partenaire commercial auraient été automatiquement éliminées. Cette loi aurait été aussi superflue si, pendant des décennies, des parlementaires pointilleux, une administration tatillonne n'avaient fait preuve d'un zèle excessif, d'un perfectionnisme tout helvétique, en élaborant normes et règlements constituant tout autant d'entraves qu'il faut aujourd'hui tenter d'éliminer. Pour un pays qui gagne un franc sur deux grâce à son commerce extérieur, il était temps que l'on songe à lever les obstacles aux échanges.

Comme la loi sur les cartels et la loi fédérale sur le marché intérieur, la loi fédérale sur les entraves techniques au commerce est une loi-cadre. Nous nous en félicitons, car ainsi nous n'entrons pas dans les détails, ce qui risquerait de réveiller nos fâcheuses habitudes perfectionnistes que j'évoquais tout à l'heure. En revanche, une loi-cadre présente un risque, celui d'une application dont le Parlement perd le contrôle. Aussi avons-nous besoin de certaines assurances de la part du Conseil fédéral.

Dans cette loi, la disposition-clé est évidemment l'article 5 alinéas 3 et 4, qui autorise des dérogations au principe général qui veut que les règlements ne doivent pas être formulés de manière à engendrer des entraves au commerce. Ces dérogations peuvent être justifiées par des intérêts publics prépondérants. Or, pour que la loi ne soit pas vidée de son sens, il convient d'interpréter cette notion d'intérêts publics prépondérants de façon extrêmement prudente.

C'est pourquoi nous vous demandons, Monsieur le Conseiller fédéral, de préciser ici de quelle manière le gouvernement entend faire usage de cette clause dérogatoire. Nous espérons vivement que l'intérêt public prépondérant ne sera invoqué qu'à titre tout à fait exceptionnel. En effet, notre pays entretient la quasi-totalité de ses relations commerciales avec des pays qui reconnaissent les mêmes intérêts prépondérants. Que l'on songe simplement à la protection de la santé, de la vie des êtres humains, de la protection du milieu naturel, etc. Aussi voyons-nous le danger que la Suisse n'ait la tentation de se singulariser une fois de plus en justifiant d'intérêts publics particuliers, plus prépondérants qu'ailleurs, si j'ose dire, et ainsi de déroger au principe de la liberté des échanges.

J'ai évoqué en commission un exemple, certes peu important pour ce qui concerne notre balance commerciale, mais significatif au niveau des principes. C'est celui de l'interdiction de vol des ULM. Il s'agit là indéniablement d'une entrave technique au commerce, puisque l'interdiction est évidemment la pire des entraves. Ainsi, 118 conseillers nationaux pensent qu'il ne se justifie plus que la Suisse reste le seul pays au

monde à interdire ces engins. La question se pose maintenant de savoir si la loi que nous nous apprêtons à voter est susceptible d'obliger le Conseil fédéral à lever cette interdiction. Il m'a été répondu que la topographie de la Suisse, évidemment exceptionnelle par rapport au monde entier, constituait un intérêt prépondérant.

Celui-ci prend ainsi le pas sur le devoir de faciliter les échanges techniques. Monsieur le Conseiller fédéral, cette réponse nous inquiète. Elle révèle que, partant d'un exemple qui a peu de retombées économiques, l'argument de l'intérêt public prépondérant pourrait être invoqué à plus ou moins bon escient, ce qui équivaldrait à un affaiblissement considérable de cette loi.

Le groupe libéral demande donc à être rassuré sur la façon dont le Conseil fédéral entend faire usage de l'article 5 alinéas 3 et 4. Le Conseil des Etats puis la Commission de l'économie et des redevances de votre Conseil ont restreint la possibilité d'usage de l'article 5. Nous soutiendrons la proposition de la commission. Nous n'accepterons aucun élargissement de ces dérogations, car le premier intérêt prépondérant de cette loi est que notre commerce extérieur ne doit pas être entravé par des normes et règlements qui, par leur caractère unique, perdent toute légitimité en regard de ceux en vigueur chez nos principaux partenaires économiques.

En conclusion, le groupe libéral vous demande d'entrer en matière et d'accepter ce projet de loi. Il prie le Conseil fédéral de l'appliquer avec volontarisme, c'est-à-dire de procéder à un nettoyage approfondi de tout l'enchevêtrement réglementaire et normatif qui, non seulement constitue un obstacle à nos échanges, mais encore coûte cher aux consommateurs et aux contribuables.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La décision que vous êtes amenés à prendre aujourd'hui est d'abord une décision du bon sens. Il tombe sous le coup qu'en des temps où nous commerçons universellement de plus en plus, dans des temps où l'économie s'est mondialisée, dans des temps où pour notre petit pays en particulier, les apports de vitalité à son revenu sont pour la moitié d'entre eux directement dépendants de notre commerce extérieur – cela doit être souligné –, dans ces circonstances, il est clair que nous devons mettre toutes les chances de notre côté et assurer du mieux qu'il est possible notre compétitivité. Or, bien sûr, celle-ci est freinée, perturbée s'il y a des obstacles techniques qui n'ont aucune raison d'être, sinon une existence historique aujourd'hui complètement dépassée qui demeure.

Ces obstacles techniques – par exemple, des normes sur les appareils électriques variant énormément pour aucun motif, d'autres prescriptions aussi –, 1. rendent compliquées administrativement les opérations de commerce et d'échange; 2. les alourdissent dans le temps, car il faut du temps pour accomplir des prescriptions bureaucratiques inutiles; 3. coûtent cher, même très cher, parce que la non-harmonisation, sécrétée par des réglementations incompatibles, nous conduit à des doubles examens, parfois aussi à des doubles fabrications pour obéir au standard de l'un qui n'est pas celui de l'autre.

Dans cette mesure, vous voyez bien évidemment que la réduction des obstacles techniques est un des moyens de parvenir à davantage de compétitivité.

Monsieur Bignasca, vous avez parlé très vite. A l'unité de temps, vous parlez plus vite qu'un Vaudois, comme vous le constatez, et vous avez dit beaucoup de choses alors que je n'arriverais pas à en dire autant en si peu de temps. Mais, en particulier, vous avez dit que cette loi va profiter de nouveau aux grandes entreprises et qu'elle n'aura aucun intérêt pour les autres partenaires. Erreur, grave erreur, Monsieur Bignasca. Précisément, cette loi présente de l'intérêt pour tous les partenaires économiques, pour tous les producteurs, grands ou petits, pour tous les importateurs et exportateurs, grands ou petits, et pour, au bout du compte, les consommateurs qui, au bout de la chaîne commerciale, sont les bénéficiaires d'une mise en place d'un dispositif qui rend plus fluide et plus normale la capacité d'échanges commerciaux.

Dans ce domaine, créer des conditions-cadres compatibles là où nous y avons intérêt, supprimer ce que j'appellerais des «helvétismes» là où ils ne se justifient pas et y parvenir avec des prescriptions simples et transparentes, c'est le but que nous assignons à cette loi. Elle présente de l'intérêt pour tous, pour vous, Monsieur Bignasca, pour moi et pour tous les partenaires de l'économie.

J'aimerais vous dire que nous avons, avec le Conseil des Etats qui a adopté cette loi avec quelques modifications, une volonté de législation technique cohérente abolissant le protectionnisme sur le marché suisse, là où il doit être aboli, facilitant nos exportations et accroissant l'intérêt de ce fameux «Wirtschaftsstandort Schweiz», de la place économique suisse sans laquelle il n'y a pas de prospérité future pour notre pays. A cet égard, nous devons comprendre cette démarche comme complétant les deux autres auxquelles vous avez adhéré pleinement, qui sont la nouvelle loi sur les cartels, d'une part, et la loi fédérale sur le marché intérieur dont nous avons parlé ce matin, d'autre part. Bien sûr, tout sera dans l'application que nous ferons de cette loi, si vous la décidez, et les questions qui m'ont été posées au cours de ce débat ont quasiment toutes porté sur l'intention qui est celle du Conseil fédéral quant à la manière dont il l'appliquera.

Je réponds à ces questions en traitant tout d'abord celle de M^{me} Eberhard: où sont nos intérêts prédominants? L'intérêt prédominant est manifestement dans notre volonté de faciliter le commerce là où des obstacles artificiels et totalement inutiles l'entravent, mais il sera aussi dans la prise en compte d'autres ordres d'intérêts. Si je ne peux pas vous donner une recette sur ce que sera à chaque coup l'évaluation, je peux vous dire que les principes suivants marqueront cette évaluation.

Tout d'abord, ce sera le principe de la pesée des intérêts. Il s'agit de ne pas partir tête baissée dans une direction ou dans une autre, a priori; il faut s'astreindre à cette discipline intellectuelle de savoir véritablement, avec des moyens d'expression différents, où sont les intérêts de part et d'autre, comment se situent les intérêts en jeu dans tel ou tel cas. Le point de départ de notre raisonnement sera la compatibilité de nos prescriptions avec celles des partenaires communs. On s'interrogera sur les intérêts que présenterait une telle compatibilité ou, a contrario, les difficultés auxquelles pourrait nous conduire une non-compatibilité.

Si nous voyons que d'autres intérêts priment ceux de la compatibilité, nous peserons en légitime équilibre la volonté qu'il faut faire prévaloir.

En tout cas, l'exception où il y a intérêts publics prépondérants tels qu'ils sont énumérés à l'alinéa 4 de l'article 5 doit être considérée comme une possibilité, mais pas comme, a priori, la possibilité qu'il faudra choisir à chaque coup. J'aimerais que cela soit dit en toute clarté, car nous devons éviter, dans nos démarches pour l'application de cette loi, de peser d'une manière discordante les intérêts en présence, et nous ne devons pas persévérer dans un péché mignon que nous avons souvent, les Suisses, en commun, celui du perfectionnisme. Il ne s'agit pas de fouler aux pieds des principes prépondérants de santé publique, de protection de l'environnement, bien entendu, mais il s'agit de les apprécier et d'éviter de tomber dans une sorte de casuistique perfectionniste à laquelle nous serons finalement toujours perdants.

C'est dans cet esprit de finesse, plutôt que dans cet esprit de géométrie, qu'il s'agira d'apprécier ces intérêts publics prépondérants, et surtout qu'il conviendra d'appliquer cas par cas, en légitime conscience, les intérêts qui sont en présence.

En tout cas, et cela répond partiellement au moins à la préoccupation de M. Gros Jean-Michel, ce que nous éviterons dans l'application de cette loi, c'est deux choses, et elles sont essentielles:

1. Nous éviterons de ne pas respecter le principe sacro-saint de la proportionnalité, de confondre la forêt avec les arbres ou l'arbre avec la forêt, de ne pas savoir ordonnancer la hiérarchie des valeurs à respecter.
2. L'élément que nous devons plus souvent traquer, c'est celui de l'argument alibi. Je veux dire que si, derrière la pré-

sentation d'une clause prépondérante, il se cache en réalité un vieux ressort protectionniste, alors cela nous devons le démasquer, nous devons l'éviter; alors seulement nous pourrions donner un véritable contenu à cette loi.

Je sais l'exemple que vous avez posé lors des travaux de la commission, vous savez l'excellente réponse que je vous ai donnée à propos de ces ULM. C'est uniquement des questions de temps qui me font hésiter à répéter mon propos, mais en l'occurrence nous devons être parfaitement conscients – c'est un cas limite que vous avez posé – qu'il faut donner aux choses leur véritable dimension et ne pas, en tout cas pas, confondre des ordres de grandeur qui nous conduiraient à des aberrations.

Cela me permet finalement de répondre à M. Thür et de répéter très clairement ce que j'ai dit en commission quant à ces intérêts publics prépondérants justement; lorsque j'ai déclaré que les mesures d'économie d'énergie de la Confédération ne sont pas exclues de la protection du milieu naturel, à la condition que leur signification soit reconnue et qu'elles ne cachent pas une volonté protectionniste.

Voilà ce que je pouvais donner dans ce débat d'entrée en matière. Je me réserve d'intervenir à quelques articles controversés, notamment aux articles 4 et 5 qui sont les articles carrefours de cette nouvelle loi.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (THG)

Loi fédérale sur les entraves techniques au commerce (LETC)

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–3

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

Titre et préambule, art. 1–3

*Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Angenommen – Adopté

Art. 4

*Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Minderheit*

(Ledergerber, Baumann Ruedi, Bodenmann, Brunner Christiane, Hämmerle, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)
Bundesrat und Bundesverwaltung übernehmen überall, wo keine Interessen gemäss Artikel 5 Absatz 4 tangiert sind, die technischen Vorschriften, die in der EU gelten, und anerkennen unter Berücksichtigung von Artikel 20 Absatz 3 deren Prüfungsverfahren, Konformitätsbewertungsstellen, Prüfberichte, Konformitätsbescheinigungen und Konformitätserklärungen.

Art. 4

*Proposition de la commission
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Minorité*

(Ledergerber, Baumann Ruedi, Bodenmann, Brunner Christiane, Hämmerle, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)
Le Conseil fédéral et l'administration reprennent systématiquement, lorsque les intérêts mentionnés à l'article 5 alinéa 4 ne sont pas touchés, les prescriptions techniques applicables dans l'UE et reconnaissent en tenant compte de l'article 20 alinéa 3 ses procédures d'essais, ses organismes d'évaluation de la conformité, ses rapports d'essais, ses certificats de conformité et ses déclarations de conformité.

Ledergerber Elmar (S, ZH), Sprecher der Minderheit: Sie haben es in der Eintretensdebatte vernommen: Das Gesetz ist so, wie es heute vom Bundesrat vorgelegt wird, strenggenommen nicht notwendig, weil der Bundesrat all das, was er hier in einer koordinierteren Form vorsieht, auch heute schon machen könnte; er hat die Kompetenzen dazu. Aber das Gesetz bringt eine Koordination all dieser Veränderungsvorschläge.

Es kommt aber hier etwas dazu: Wenn wir schon ein Gesetz machen, das eigentlich nicht notwendig ist, sollten wir immerhin etwas hineinschreiben, das etwas Materielles bringt, wo etwas «Fleisch am Knochen» ist. Ich denke, gerade bei den Grundsätzen ist es am Platz, etwas Substanz beizufügen.

Worum geht es? Einige von Ihnen haben schon festgestellt, dass die Schweiz heute vollständig von der EU umgeben ist. Wir exportieren fast zwei Drittel unserer Güter und Dienstleistungen in diesen grossen Wirtschaftsraum. Es ist heute an der Zeit, dass wir im Bereich technischer Normen Anpassungen vornehmen, um mit unseren Produkten in diesem grösseren Wirtschaftsraum ohne zusätzliche Probleme präsent sein zu können, sie exportieren zu können, und dass wir selber in der Schweiz jene Prüfungsverfahren, Zertifikate Prüfungsberichte usw. anerkennen, die in der EU auch anerkannt werden. Dies ist ein rein pragmatisches Vorgehen, das in der Schweiz beachtliche Kosten sparen kann, das Aufwand einspart und somit durchaus im Sinne einer Erneuerung, eines Abbaus von bürokratischen Verfahren stehen kann.

Ich habe Ihnen eine revidierte Fassung des Minderheitsantrages vorgelegt, weil ich den Antrag in der Kommission relativ schnell «gebären» musste. Im nachhinein habe ich mit verschiedenen Leuten und Wirtschaftsverbänden Kontakt aufgenommen. Wir können jetzt eine bereinigte Version vorlegen, die «wasserdicht», die hieb- und stichfest ist. Sie enthält im Gegensatz zur alten Version einen Verweis auf Artikel 20 Absatz 3. Der Antrag meint jetzt, die Schweiz solle solche EU-Normen übernehmen, wenn sie nicht schweizerischen nationalen Interessen widersprechen. Diese Interessen sind in Artikel 5 Absatz 4 definiert: öffentliche Sittlichkeit, Ordnung, Sicherheit, Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen, natürliche Umwelt, Sicherheit am Arbeitsplatz, Konsumentenschutz, Lauterkeit des Handelsverkehrs usw. – ein grosser Katalog an nationalen Interessen. Da sollen wir auch weiterhin eigene technische Normen erlassen können, wenn das diesen Zielen dient; wir wollen hier nicht einen Kahlschlag.

In den anderen Bereichen ist es aber sinnvoll, Normen der EU und Prüfungsverfahren zu übernehmen, aber – das ist die Neuigkeit der revidierten Version – mit der Möglichkeit der Reziprozität. Wir wollen mit diesem Antrag nicht die bilateralen Verhandlungen unterlaufen, indem wir diese Normen einseitig übernehmen. In Artikel 20 Absatz 3 wird nämlich auch eine handelspolitische Position aufgenommen und eingeführt: Der Bundesrat kann diese Übernahme definieren oder erklären, wenn auch die Partner entsprechend vorgehen.

Ich darf Ihnen auch mitteilen, dass z. B. der Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller heute für diesen Minderheitsantrag eintritt und der Meinung ist, es wäre dafür an der Zeit.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass nationale technische Normen praktisch immer auch kartellbildend sind und dass dadurch Kartelle entstehen. Ich erinnere Sie z. B. an die technischen Normen bei den Ersatzteilen für Automobile, die eigentlich das Automobilimporteurkartell begründet und bis dato am Leben erhalten haben. Wir haben das gleiche Phänomen in Hunderten von anderen Bereichen: Solche technische Normen haben immer, wenn sie national differenziert werden, einen kartellbildenden Effekt.

Ich möchte Sie dann auch erinnern, dass die Schweizer in diesem Bereich zu Perfektionismus tendieren, der in vielen Bereichen eine Qualität darstellt, hier aber sehr oft teuer, umständlich, zeitraubend und unnötig ist. Sie haben vielleicht schon mit solchen speziell schweizerischen Normen zu tun gehabt, die auf alle möglichen und unmöglichen Gegebenheiten Rücksicht nehmen wollen und überall den Sonderfall

Schweiz zelebrieren. Dieser Perfektionismus ist teuer; wir sollten ihn uns nicht mehr leisten, denn er geht zu Lasten der Konsumentinnen und Konsumenten.

Wir haben in der WAK eine Liste verlangt, die Auskunft darüber gibt, wie viele Planstellen in der Bundesverwaltung mit diesen technischen Normen befasst sind. Die Liste, die herausgekommen ist, will nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, aber sie kommt auf rund 600 Planstellen. Das kostet beachtlich viel, und all diese guten Beamten, die da arbeiten, müssen sich auch anstrengen, damit ihre Berechtigung und die Berechtigung ihrer Planstelle weiterhin erwiesen wird. Da sind Vereinfachungen möglich, und mit diesem Gesetz ist es Zeit, dass wir diese einleiten.

Man hat jetzt im Umfeld dieser Diskussion plötzlich auch das Argument gehört, eine solche Bestimmung sei Gatt-widrig. Meines Erachtens konnte der Beweis dafür nicht geführt werden. Wenn die Schweiz als nach wie vor autonomes Land, wenn auch mit gewissen Abstrichen, bestimmt, dass wir in bestimmten Bereichen jene technischen Normen, Prüfungsverfahren und Zertifikate der EU übernehmen wollen, wo keine nationalen Interessen tangiert sind, ist das ein autonomer Rechtsetzungsakt, zu dem wir absolut berechtigt sind. Es ist ja nicht so, dass damit Bewerber auf unseren Märkten zusätzlich diskriminiert würden, im Gegenteil: All jene, die sowieso in den EU-Raum exportieren oder aus der übrigen Welt importieren, werden froh sein, wenn sie mit ihren Produkten und Dienstleistungen nicht nur die EU-Normen einhalten müssen, sondern noch einmal spezifizierte Schweizer Normen zu beachten haben und denen genügen müssen. Es ist in diesem Sinne also eine Vereinfachung und ein Abbau diskriminierender Möglichkeiten.

Ich meine, dass es Zeit ist, hier ein Zeichen zu setzen. Es geht nicht darum, den autonomen Nachvollzug durchs Band weg zu zelebrieren, sondern darum, in einem Akt der Vernunft in jenen Bereichen, wo keine nationalen Interessen tangiert sind – die in Artikel 5 aufgelistet sind –, den einfacheren, billigeren, transparenteren und schnelleren Weg zu wählen. Ich bitte Sie hier, dem Minderheitsantrag zuzustimmen und damit diesem Gesetz etwas Substanz zu verleihen.

Fischer-Sursee Theo (C, LU), Berichterstatter: Der Antrag der Minderheit Ledergerber will den Bundesrat und die Bundesverwaltung formell verpflichten, die technischen Vorschriften der EU zu übernehmen und deren Prüfungsverfahren und Beurkundungen generell anzuerkennen. Ausnahmen wären nur möglich, wo überwiegende öffentliche Interessen tangiert sind. Schon die Formulierung «tangiert» ist verunglückt. Das ist nämlich Gummi. Tangiert werden öffentliche Interessen nach Artikel 5 Absatz 4 in einer Vielzahl von Fällen. Man könnte in einer Vielzahl von Fällen Ausnahmen machen, aber das will ja Herr Ledergerber nicht, das ist nicht seine Absicht. Ausnahmen sind nach den Absätzen 3 und 4 nur zulässig, wenn «überwiegende öffentliche Interessen sie erfordern». Deshalb, Herr Ledergerber, müssten Sie wenigstens die Formulierung «tangiert» an das «erfordern» anpassen, sonst besteht hier eine offensichtliche Diskrepanz.

Eine Beschränkung auf die EU-Vorschriften aber – es ist eine Beschränkung und eine Einengung – ist nicht richtig und nicht sinnvoll, denn das vorliegende Gesetz regelt die Gesamtheit unserer Handelsbeziehungen. Wir müssen ihm daher seinen universellen Charakter bewahren, wir müssen alle unsere Handelspartner mit einbeziehen und im Auge behalten. Nicht nur die EU-Staaten sind unsere Handelspartner. Sie sind wohl sehr wichtige, ja sogar die wichtigsten, daneben gibt es aber noch sehr bedeutungsvolle, ich nenne die USA, die Staaten des Fernen Ostens wie Japan oder Korea. Übrigens sind jetzt schon Kontakte mit den USA, Kanada, Australien und Japan zwecks Abklärung allfällig divergierender Normen geknüpft. Diese haben nämlich zum Teil andere Normen als die EU. Mit der Formulierung der Minderheit schränken wir uns aber unnötig ein.

Selbstverständlich werden es in der Regel und in der überwiegenden Mehrzahl die EU-Vorschriften sein, die wir übernehmen bzw. auf die wir unsere technischen Normen abstimmen. Es kann aber auch zweckmässig sein, sich den Vor-

schriften der USA, Japans oder Koreas anzupassen, vor allem wenn diese für unsere Schweizer Produkte die alleinigen Abnehmer oder die Hauptabnehmer sind; und das gibt es. Unter Umständen kann es sich – je nach der Bedeutung der Handelsströme – als angezeigt und möglich erweisen, mit den verschiedenen Staaten wegen deren Verhältnis zur nationalen Produktion auch eine Abstimmung in bezug auf mehrere Gesetzgebungen vorzunehmen. Die Fassung der Minderheit würde das aber nicht zulassen, denn der Antrag, wenn er richtig formuliert ist, gestattet nur Ausnahmen nach Artikel 5 Absatz 4, wenn nämlich ein überwiegendes öffentliches Interesse dies erfordern würde. Keiner der aufgezählten Gründe dürfte zum Beispiel ausreichen, um gegenüber den USA oder Japan eine Ausnahme zu gestatten.

Der Minderheitsantrag legt uns somit unnötige Fesseln an. Die Fassung von Bundesrat und Kommissionsmehrheit erlaubt auch in den Verhandlungen mit der EU mehr Flexibilität und gibt einen grösseren Spielraum, als dies der Fall wäre, wenn wir jetzt schon im Gesetz verpflichtend vorschreiben würden, die EU-Bestimmungen zu übernehmen. Trümpfe gibt man bekanntlich nicht zu früh aus der Hand. Es gibt schliesslich Gebiete, wo nicht Europa den Ton angibt, wo es vielmehr die USA oder Japan sind, zum Beispiel in der Aviatik.

Die ursprüngliche Formulierung der Minderheit hätte übrigens Artikel 20 überflüssig gemacht. Sie ist jetzt korrigiert. Ihr Antrag, Herr Ledergerber, ist aber trotzdem noch Gatt-widrig. Es bleibt die Gatt-Widrigkeit in bezug auf Artikel 5. Der Bezug auf ausländische Vorschriften wird nach wie vor auf einen kleinen Teil der Gatt-Mitglieder, nämlich auf die EU-Staaten, gesetzlich beschränkt, und das ist diskriminierend. Die Importe aus 100 Gatt-Ländern, die nicht EU-Mitglieder sind, würden diskriminiert. Wohl haben in vielen Fällen diese Gatt-Staaten Lösungen, die nahe an jene der EU kommen, aber eben auch andere, die nicht gleichlautend sind, was besonders gravierend ist. Wir diskriminieren aufgrund des Gesetzes; diese Vorschrift ist unmittelbar diskriminierend und kann als solche eingeklagt werden. Eine Klage der Gatt-Staaten wäre uns wahrscheinlich gewiss.

Herr Ledergerber, Sie haben sich noch auf den Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller berufen. Der angefragte Jurist habe Ihnen erklärt, dass Ihre Formulierung bevorzugt werde. Sie haben mir heute gesagt, Herr Ledergerber, ich sei ein Schlauer. Sie sind das auch, ich gebe Ihnen dieses Kompliment zurück. Ich bin auch Jurist, und Sie wissen, wenn man einen Juristen etwas fragt, ist die Fragestellung entscheidend. Wenn ich eine bestimmte Antwort wünsche, stelle ich die Frage entsprechend. Ich bin überzeugt, dass der angefragte Jurist die ganze Tragweite offenbar verkannt hat, denn ihm war offensichtlich die Gatt-Widrigkeit, oder das Problem mindestens, zu wenig bewusst. Im übrigen haben andere Verbände empfohlen, der Mehrheit zuzustimmen. Zum Beispiel empfiehlt die Wirtschaftsförderung in ihrem Schreiben, dem Bundesrat und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Zum Schluss noch ein staatspolitischer Aspekt; er ist der wichtigste: Es ist staatspolitisch bedenklich, wenn wir den autonomen Nachvollzug der EU-Normen gesetzlich zementieren und vorschreiben. Dazu zwingt uns der Vorschlag der Minderheit praktisch. Wir wollen wenigstens noch prüfen und mitreden können. Das THG garantiert genügend, dass wir uns den Normen unserer wichtigsten Handelspartner anpassen. Dass wir aber über den Automatismus praktisch nur noch EU-Normen nachvollziehen können, ist eines souveränen Staates nicht ganz würdig.

Ledergerber Elmar (S, ZH), Sprecher der Minderheit: Gestatten Sie mir, dass ich mich in einer kurzen persönlichen Erklärung noch zu ein paar Ausführungen von Kollege Fischer-Sursee äussere, die so nicht stimmen und die ich so nicht hinnehmen kann.

Er hat sein geschriebenes Referat heruntergelesen, bevor er den revidierten Antrag hatte. Es wäre vielleicht schlauer gewesen, Kollege Fischer-Sursee, wenn Sie auf meine Argumente eine Antwort gegeben hätten.

Es ist nicht richtig, dass hier ein Automatismus entsteht, der es der Schweiz nicht ermöglichen würde, technische Normen, z. B. solche der USA, zu übernehmen oder anzuerkennen, wenn ein Produkt oder eine Dienstleistung nur in dieses Land geht. Artikel 5 zählt die nationalen Interessen nicht abschliessend auf. Es heisst «namentlich». Da geht es auch um Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten usw. Mit diesem Artikel besteht absolut die Möglichkeit, dass Sie sowohl mit Surinam, wenn Sie nur mit einem Produkt aus Surinam handeln, Herr Fischer-Sursee, als auch mit den USA oder mit einem anderen Hauptpartner solche Normen anpassen können.

Es ist zudem so, dass mit Artikel 20 Absatz 3 immer die Möglichkeit besteht, mit anderen Ländern Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Normen und Prüfverfahren zu treffen. Diese Möglichkeit ist immer gegeben, und damit ist auch keine Diskriminierung verbunden, wie das Kollege Fischer-Sursee gesagt hat. Er hat am Schluss gesagt, dass wir auch in Zukunft prüfen und mitreden wollen, wenn es um solche Normen geht. Darum kann es nicht gehen. Im Gegenteil: Wir werden bei jeder Norm genau schauen müssen, ob solche nationalen Interessen im Bereich der Wirtschaft, des Umweltschutzes, der sozialen Sicherung usw. betroffen sind. Ist das nicht der Fall, dann wollen wir uns diesen Normen der EU anpassen.

Es ist richtig, Herr Kollege Fischer, dass man bei den Juristen aufpassen muss. Das habe ich schon gemerkt. Nur ist es vielleicht etwas anders, als Sie gesagt haben. In der Regel ist es so, dass die Juristen in die Richtung argumentieren, aus der sie bezahlt werden. Dafür haben sie eine relativ grosse Fähigkeit entwickelt.

In diesem Fall geht es darum, die Zukunft der Schweiz in diesem Bereich etwas mitzugestalten, etwas zu vereinfachen und etwas Bürokratie und Kosten abzubauen.

Fischer-Sursee Theo (C, LU), Berichterstatter: Herr Ledergerber, auch wir wollen die Bürokratie abbauen, auch wir wollen die Normen vereinheitlichen. Das können Sie mit der Formulierung von Bundesrat und Mehrheit absolut erreichen, indem Sie sich auf die wichtigsten Handelspartner ausrichten.

Im übrigen sagten Sie, wir könnten mit Artikel 5 Absatz 4 den USA problemlos Ausnahmen gestatten; Sie haben erklärt, es seien noch weitere Ausnahmen möglich. Sie haben aber übersehen, dass sowohl der Ständerat als auch unsere Kommission das Wort «namentlich» gestrichen haben und dass die Ausnahmen in Artikel 5 Absatz 4 abschliessend aufgezählt sind. Zudem wünschen wir nicht – ich habe es bereits im Eintretensreferat gesagt –, dass diese Ausnahmen zur Regel werden. Wir wollen, dass die Ausnahmen äusserst restriktiv gehandhabt werden. Jetzt haben Sie dafür plädiert, dass man über die Ausnahmen alles mögliche machen kann; gerade das wollen wir nicht. Wir wollen, dass unsere Normen auf unsere wichtigsten Handelspartner abgestimmt sind, dass somit eine Harmonisierung erfolgt und unsere Wirtschaft, im Export wie auch im Import, nicht Nachteile erhält.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous invite à suivre la proposition de la majorité de votre commission. En effet, la proposition de la minorité, lorsqu'elle dit que le Conseil fédéral et l'administration reprennent systématiquement les prescriptions techniques applicables dans l'Union européenne, avec les autres éléments de l'article 5 exprimés, va dans un sens qui ne doit pas être recommandé. En effet, elle prétend – c'est son premier défaut – régler le problème de notre compatibilité avec l'extérieur dans cet article 4 alors que, très systématiquement, le texte qui vous est proposé règle le problème à l'article 5 alinéas 1er et 2. Il y a donc une première raison formelle qui m'indique que la proposition de la minorité n'est pas la bonne parce qu'elle veut, en quelque sorte, introduire deux solutions au même problème, l'une à l'article 4, l'autre à l'article 5.

Mais cette proposition – ce sera mon deuxième argument – est de surcroît dangereuse car, si vous la suivez, elle établirait une solution différente de celle fixée à l'article 5. On aurait

donc, au début, la plus grande confusion quant à savoir lequel de l'article 5 ou de l'article 4 s'applique à ces règlements et à ces recherches de compatibilité réglementaire.

En outre – troisième élément qui me convainc que la proposition de la minorité ne doit pas être suivie –, M. Ledergerber exclut expressis verbis l'harmonisation possible avec le droit d'autres partenaires importants en dehors de l'Europe. Je veux bien croire que, le plus souvent, il s'agira de chercher une compatibilité à l'intérieur du droit européen mais, Monsieur Ledergerber, pas toujours. Il peut y avoir à un moment donné une concurrence d'intérêts où nous disons que c'est vraiment pour le bien de la Suisse qu'il faut tenter une harmonisation avec un partenaire important, comme le partenaire nord-américain ou avec le partenaire japonais, par exemple. La formule de la minorité exclut cela, ce qui n'est pas pensable.

Enfin – quatrième et dernier argument –, la proposition de la minorité, je suis navré de le dire, est contraire à nos engagements dans le cadre de l'Organisation mondiale du commerce, car elle établit dans une loi une discrimination très établie, très définie entre les nantis et ceux qui reçoivent cet exclusivisme, c'est-à-dire les pays de l'Union européenne et les autres. Une telle discrimination n'est pas conforme à nos engagements dans le cadre de l'Organisation mondiale du commerce.

J'ajoute, dans la droite ligne de ce quatrième argument, que je ne donne pas cher de la dignité d'un pays souverain de vouloir, a priori, indiquer dans une loi qu'il souscrit au doigt et à l'oeil aux dispositions que prendra un autre partenaire, en l'occurrence l'Union européenne, pour l'éternité et sans savoir ce que cette Union européenne dira, car elle le dira sans nous, puisque nous n'en sommes pas. Il n'est pas conforme à notre dignité et à notre souveraineté de vouloir d'ores et déjà brader notre pouvoir de décision aux seuls intérêts unilatéraux de l'Union européenne.

Ce sont quatre, plus une, raisons qui militent en faveur de la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	84 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	51 Stimmen

Art. 5

Antrag der Kommission

Abs. 1

Technische Vorschriften werden so ausgestaltet, dass sie sich nicht als technische Handelshemmnisse auswirken.

Abs. 2

Sie werden zu diesem Zweck auf die technischen Vorschriften der wichtigsten Handelspartner der Schweiz abgestimmt. Dabei wird darauf geachtet, dass die technischen Vorschriften:

- möglichst einfach und transparent sind; und
- zu einem möglichst geringen Verwaltungs- und Vollzugsaufwand führen.

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 5

Proposition de la commission

Al. 1

Les règlements techniques sont formulés de manière à ne pas engendrer d'entraves techniques au commerce.

Al. 2

A cette fin, ils sont élaborés de manière à être compatibles avec ceux des principaux partenaires commerciaux de la Suisse. Dans ce cadre, il est fait en sorte que les règlements techniques:

- sont si possible simples et transparents; et
- nécessitent des charges administratives et d'exécution aussi faibles que possible.

Al. 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 6–19

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 20

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

.... anerkannt ist, gilt als Nachweis

Art. 20

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

.... de l'alinéa 1er a valeur de preuve s'il peut être établi

Angenommen – Adopté

Art. 21–34, Änderungen bisherigen Rechts Ziff. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 21–34, Modification du droit en vigueur ch. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

(Ref.: 1831)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Allenspach, Aregger, Bär, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Brunner Christiane, Bundi, Caccia, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Comby, Danuser, David, Dettling, Dormann, Dreher, Düнки, Eberhard, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel Hugo, von Felten, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frainier, Fritschi Oscar, Gadiant, Giger, Gobet, Gonseth, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämerle, Hari, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Keller Anton, Kühne, Langenberger, Ledergerber, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Marti Werner, Meyer Theo, Misteli, Mühle-mann, Nabholz, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohr, Ruckstuhl, Ruffy, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stamm Luzi, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwygart (108)

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:

Bignasca, Keller Rudolf, Kern, Maspoli, Moser, Müller, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Stalder, Steinemann (10)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Jenni Peter

(1)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aubry, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bischof, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borel François, Borer Roland, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Bugnon, Bühlmann, Büh-ner Gerold, Bürgi, Camponovo, Carobbio, Cincera, Colum-berg, Cornaz, Couchepin, Darbellay, de Dardel, Deiss, Diener, Ducret, Duvoisin, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-

Hägglingsen, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Giezendanner, Goll, Graber, Grendelmeier, Gross Andreas, Hegetschweiler, Hildbrand, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Maeder, Maire, Mamie, Matthey, Mauch Ursula, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Poncet, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Ruf, Schmid Samuel, Schnider, Sieber, Singeisen, Spielmann, Stamm Judith, Steffen, Steinegger, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Thür, Tschäppät Alexander, vakant I, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Züger (80)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

95.040

Energiecharta. Genehmigung

Charte de l'énergie. Approbation

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 24. Mai 1995 (BBI III 937)
Message et projets d'arrêté du 24 mai 1995 (FF III 873)
Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Baumberger Peter (C, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Ausgangspunkt für die Europäische Energiecharta: Nach der historischen Wende (1989) in Osteuropa entstand eine neue Situation in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa. Die mittel- und osteuropäischen Länder versuchen nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems, die Marktwirtschaft einzuführen. Die Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) und der Zerfall der Sowjetunion hatten zur Folge, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den osteuropäischen Staaten und Westeuropa neu geregelt werden mussten.

Die osteuropäischen Länder besitzen grosse Energiereserven, aber die Energieproduktions- und -transportanlagen befinden sich in einem so schlechten Zustand, dass man sich nicht darauf verlassen kann. Diese Länder brauchen Investitionen und Technologie zur Entwicklung ihrer Energieresourcen. Der Westen hat das Kapital und die Technologie. Er ist auf Import von verschiedenen Energieprodukten angewiesen und an der ausreichenden und sicheren Versorgung interessiert. Diese Interessenlage zeigt, welche Bedeutung und Tragweite dieses Vertragswerk für die neuen Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen hat.

Das Vertragswerk umfasst den Vertrag über die Energiecharta und das Energiechartaprotokoll über die Energieeffizienz sowie damit verbundene Umweltaspekte. Von seiner Ausgestaltung her ist dieses Vertragswerk von besonderer Bedeutung:

– Es ist das erste multilaterale Vertragswerk, das die mittel- und osteuropäischen Staaten abgeschlossen haben;

– es ist das erste multilaterale Investitionsschutzabkommen, das existiert (bis jetzt gab es nur bilaterale Verträge);
– es ist die erste multilaterale Transitregelung, die rechtlich verbindlich ist; und

– es ist ein neuer Ansatz für den Interessenausgleich zwischen Produzenten- und Konsumentenländern.

Die Verhandlungen über die Europäische Energiecharta dauerten vom Juni bis zum Dezember 1991. Am 17. Dezember 1991 wurde sie in Den Haag zur Unterzeichnung aufgelegt. 51 Länder und die Europäischen Gemeinschaften haben die Charta seither unterzeichnet, unter ihnen 23 OECD-Länder – die Schweiz inbegriffen – und 24 mittel- und osteuropäische Staaten. Die Verhandlungen betreffend den Vertrag über die Energiecharta, welcher die in der Charta verkündeten Grundsätze in rechtlich bindende Form umsetzt, begannen im Herbst 1991 während der Fertigstellung der Energiecharta, und konnten im Juni 1994 abgeschlossen werden. Gleichzeitig wurde das Protokoll über die Energieeffizienz ausgearbeitet. Das Vertragswerk wurde zur Unterzeichnung am 17. Dezember 1994 in Lissabon aufgelegt. Bis zum Juni 1995 haben 49 Staaten und die Europäischen Gemeinschaften den Vertrag und das Protokoll unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten und Kanada haben es nicht getan.

2. Die Schweiz konnte in diesem multilateralen Rahmen aktiv mitwirken und entsprechenden Einfluss auf den Vertrag nehmen. Sie hätte gerne ein griffigeres Protokoll über die Energieeffizienz ausgehandelt, aber weil einige Staaten mit solchen Fragen zum ersten Mal konfrontiert waren, konnte man nicht mehr erreichen.

Die Schweiz ist mit den Verhandlungsergebnissen, was Handel, Investitionen, Versorgungssicherheit und Umwelt betrifft, zufrieden. In den internen Konsultationen mit Sozialpartnern und direktbetroffenen Kreisen blieben keine umstrittenen Fragen offen. Die Ratifizierung des Vertragswerks setzt keine Anpassung unserer Gesetzgebung voraus. Aus dem Vertragswerk ergeben sich keine finanziellen Verpflichtungen für die Schweiz, ausser dem Beitrag zu den Betriebskosten der Konferenz und des ständigen Sekretariats.

Baumberger Peter (C, ZH) présente au nom de la Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie (Ceate) le rapport écrit suivant:

1. L'histoire de la naissance de la Charte européenne de l'énergie est la suivante: en 1989, avec l'effondrement du système communiste, l'Europe de l'Est, et donc les relations Est-Ouest, se trouvent à un tournant de leur histoire. Avec la dissolution du Conseil d'assistance économique mutuelle (Comecon) et la chute de l'ex-Union soviétique, avec les efforts accomplis par les pays de l'Est pour instaurer chez eux un système d'économie de marché, il a été nécessaire de redéfinir les relations économiques entre l'Est et l'Ouest.

Les pays de l'Est possèdent certes des réserves énergétiques considérables, mais les installations de production et de transport d'énergie sont souvent dans un état déplorable. Aussi ces pays ont-ils besoin de moyens financiers et techniques pour mettre en valeur leurs ressources. Inversement, les pays de l'Ouest, qui disposent, eux de ces moyens financiers et techniques, sont par contre dépendants de l'importation de ressources énergétiques: ils ont donc tout intérêt à se ménager un approvisionnement sûr. On voit donc bien l'intérêt, dans ce contexte, d'un traité dans ce domaine pour les pays de l'Est comme pour les pays de l'Ouest.

Le traité comprend, d'une part, le Traité de la Charte de l'énergie proprement dit, et d'autre part, le Protocole sur l'efficacité énergétique et les aspects environnementaux connexes. La diversité des aspects qu'il vise lui confère une portée considérable:

– c'est le premier accord multilatéral conclu entre Etats de l'Ouest et de l'Est;

– c'est le premier accord multilatéral en matière de protection des investissements (à ce jour, les accords avaient tous été conclus sur une base bilatérale);

– c'est le premier accord multilatéral en matière de transit;

Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse

Entraves techniques au commerce. Loi fédérale

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.013
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.10.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2057-2067
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 118

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.